

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Übergriffe auf Pflegepersonal**

Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich und im Handel haben körperliche und verbale Übergriffe gegen die Beschäftigten durch Kunden, Patienten oder Kollegen in den letzten zwei Jahren zugenommen. Laut einer IFES-Umfrage im Auftrag der Gewerkschaft GPA werden die Konflikte durch Arbeitsdruck und Personalmangel deutlich verschärft. [...] Mehr als 60 Prozent gaben an, dass Arbeitsdruck und Personalmangel die Konflikte deutlich verstärken würden. Am ausgeprägtesten sei diese Tendenz im Bereich "Gesundheit, Pflege, Soziales" (73 Prozent) sowie im Handel (70 Prozent), verweist die GPA auf das Umfrageergebnis. [...] Auch direkte körperliche Übergriffe kommen am häufigsten im Gesundheits- und Pflegebereich vor. Die verbalen Übergriffe gingen zu etwa gleichen Teilen von Kolleginnen und Kollegen (44 Prozent) und externen Personen (43 Prozent) aus.¹

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

- 1) Wie viele Übergriffe auf Pflegepersonal wurden in den Jahren 2018 bis 2022 verzeichnet? Bitte um Auflistung nach Jahren, Bundesländern, Art der Einrichtung sowie Art des Übergriffs (sexuelle Belästigung, verbale bzw. körperliche Gewalt, Diebstahl etc.).
- 2) Wie viele dieser Übergriffe führten zu einem Polizeieinsatz bzw. wurden bei der Polizei in den Jahren 2018 bis 2022 zur Anzeige gebracht? Bitte um Auflistung nach Jahren und Bundesländern.
- 3) Welche Staatsbürgerschaften hatten die Angreifer bzw. Täter dieser Übergriffe?
- 4) Welche konkreten Erkenntnisse, Beobachtungen oder etwaige andere Einschätzungen wurden seitens Ihres Ministeriums zur Minimierung der Übergriffe auf Pflegepersonal bisher festgestellt?

¹ www.vienna.at/personalmangel-fuehrt-vermehrt-zu-aggressionen-am-arbeitsplatz/7457446

- 5) Wurden im Zuge dessen konkrete Maßnahmen beziehungsweise Pläne zur Minimierung der Übergriffe auf Pflegepersonal ausverhandelt?
- Wenn nein, warum nicht?
 - Wenn ja, welche und für welchen exakten Zeitraum?
 - Wann kann mit der konkreten Umsetzung dieser Maßnahmen beziehungsweise Pläne gerechnet werden?



